

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Vierteljährlicher Abonnementpreis 0,65 RM.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Bezirks-Verläge  
vom  
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine  
(Stich-Druck)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanw. 25 Pf., Familienanw. 15 Pf.,  
Vereinsanw. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 1728.

Nr. 30.

Berlin, Mittwoch, 13. April 1910.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Die Tagesordnung zum Verbandstage. — Laßt es  
fröhlich werden in unserer Organisation! — Die Ar-  
beitersekretariate, Rechtsanwaltsstellen und Ausstufungs-  
büros der Deutschen Gewerksvereine im Jahre 1909. —  
Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Leit. — Ver-  
bands-Zeit. — Briefkasten. — Anzeigen.

## Die Tagesordnung zum Verbandstage.

Die endgültige Tagesordnung ist nunmehr  
erschienen und den Ortsverbänden und Ortsver-  
einen zugestellt worden. An Umfang ist sie erheb-  
lich schwächer als die vorige, da sie nur 185 An-  
tragsnummern gegen 354 im Jahre 1907  
enthält. Es darf wohl erwartet werden,  
daß sie in den nächsten Wochen Gegenstand  
lebhafter Besprechungen in den Sitzungen sein  
wird. Deshalb erscheint es angebracht, ihren In-  
halt in einer kurzen Uebersicht zusammenzustellen,  
wobei natürlich nicht alle Anträge aufgeführt  
werden können, sondern solche von untergeord-  
neter Bedeutung weglassen müssen.

Für die großen Referate sind folgende Redner  
vorgesehen: Den Tätigkeitsbericht er-  
stattet natürlich der Verbandsvorsitzende Kollege  
Goldschmidt. Die „Reform des Ar-  
beitsrechts“ wird der Frankfurter Stadtrat  
Abg. Dr. Fleich, eine hervorragende Autorität  
auf diesem Gebiete, behandeln. Als Referent zu  
der Frage „Neuregelung des Koali-  
tionsrechtes“ ist der Kollege Gleichauf  
bestellt, während über „Arbeitslosenver-  
sicherung und Arbeitsnachweis“ Kol-  
lege W. Schumacher vom Gewerksverein der  
Holzarbeiter sprechen wird.

Die Finanzfrage wird naturgemäß einen  
breiten Raum in den Erörterungen des Verbandstages  
einnehmen. Die Serabiegung der Verbands-  
beiträge hat dazu geführt, daß viele Wünsche be-  
züglich der Agitation unerfüllt geblieben sind.  
Eine Reihe von Anträgen zielt deshalb darauf ab,  
die Verbandsbeiträge wieder zu erhöhen. Die  
diesbezüglichen Wünsche gehen auf 7, 8 und sogar  
10 Pfg. pro Quartal und Mitglied.

Eine Erweiterung des Programms der  
Deutschen Gewerksvereine wird verlangt  
durch Aufnahme folgender Forderungen: Ausbau  
des Arbeitsrechts und Schaffung eines besonderen  
Kommunalprogramms. Ferner wird gewünscht,  
daß bezüglich der Frage Arbeitskammern oder Ar-  
beiterkammern die Geschlossenheit innerhalb der  
Organisation wieder hergestellt wird. Auch die  
Neutralitätsfrage spielt eine große Rolle. Von  
einer Ausnahme abgesehen wird gewünscht, daß an  
der Neutralität festgehalten wird; ja man geht  
auf verschiedenen Seiten sogar soweit, daß man  
den Beamten jede öffentliche politische Tätigkeit  
unterlagen oder sie doch begrenzen will. Anderer-  
seits wird einer stärkeren Einwirkung auf die Ge-  
sehung lebhaft das Wort geredet. Es soll  
darauf gedrungen werden, daß ein Reichsarbeits-  
recht geschaffen, das Koalitionsrecht für alle Ar-  
beitnehmer geregelt und die Rechtsfähigkeit der  
Berufsvereine endlich gesetzlich festgelegt wird.  
Weiter sozialpolitische Anträge beziehen sich auf  
die Einführung der Freitags-Vornachmittag, auf  
das Verbot der 24 stündigen Arbeitszeit, die Frei-  
gabe des Sonnabendmittags für Arbeiterin-  
nen, die Erweiterung der Fürsorge, insbesondere  
für kranke, alte und invalide Arbeiter, ander-  
weitige Festlegung des Begriffes der Invalidi-  
tät, Durchführung der Witwen- und Waisenver-  
sicherung, Regelung des Berkpensionskassen-  
wesens usw.

Die Anträge zum Organ und der  
Preise beziehen sich sowohl auf die Erschei-  
nungsweite wie auf den Inhalt. Während von

verschiedenen Seiten das wöchentlich zweimalige Er-  
scheinen und auch das Format weiter gewünscht  
wird, wird von anderer Seite verlangt, daß das  
Organ nur einmal erscheint und mehr wissenschaft-  
liches und statistisches Material bringt. Andere  
Ortsvereine und Ortsverbände wünschen ein drei-  
einheitliches täglich erscheinendes Zeitung. Das  
Format des früheren „Korrespondenzblattes“  
wird für den „Gewerksverein“ ebenfalls  
mehrfach gefordert. Was den Inhalt  
anbetrifft, so wünscht man hier mehr wissen-  
schaftliches Material, dort wieder wird mehr Ge-  
wicht auf eine ansehnliche Schreibweise gelegt.  
Auch die Verteilung der Pflichteremplare für die  
Gewerksvereine hat zu mehreren Anträgen Anlaß  
gegeben. Den Provinzzeitungen wollen zwei An-  
träge größere Unterstützung seitens der Verbands-  
leitung zuteil werden lassen. Weiter wird ver-  
schiedentlich die Einrichtung einer Korrespondenz-  
zentrale gefordert.

Die Zusammenlegung des Ver-  
bandstages gefüllt vielfach nicht. Deshalb  
wird in verschiedenen Anträgen eine Erhöhung  
der Zahl der Verbandstags-Abgeordneten ge-  
wünscht. Von anderer Seite fordert man eine ge-  
rechtere Vertretung der einzelnen Gewerksvereine  
nach Zahl ihrer Mitglieder. Ähnliche Wünsche  
werden bezüglich der Zusammensetzung des Zen-  
tralrats zum Ausdruck gebracht. In einem  
Antrage wird ferner die Verlängerung der Ver-  
bandstagsperiode auf 5 Jahre gefordert. Bezüg-  
lich des Zentralrats dagegen wird eine frühere  
Tagung für wünschenswert erklärt. In mehreren  
Anträgen wird die Zustimmung der Sitzungs-  
protokolle des Zentralrats an die Ortsvereine  
gewünscht, weil, wie es in einem Antrage des  
Hauptvorstandes der Schuhmacher und Lederar-  
beiter heißt, das Interesse an der Verbandsgemein-  
schaft erlischt, je weniger die Ortsvereine von der  
Tätigkeit des Zentralrats erfahren.

Zur Förderung der Agitation werden  
zahlreiche Verbandsbeamte gewünscht, so für den  
Osten des Reiches, für Kommern, für das König-  
reich Sachsen, für das Erzgebirge, für Schlesien  
usw. Natürlich wünscht jeder Ortsverein, daß  
der Sitz des betreffenden Beamten an seinem  
Orte ist. Für das Saargebiet wird sogar ein  
weiter Beamter gefordert, zur Förderung der  
Frauenorganisation eine besoldete Verbands-  
sekretärin. Nur ein Ortsverband will von der  
Anstellung eines Beamten nichts wissen, näm-  
lich der Ortsverband Hirschberg, der ausdrücklich  
darauf erachtet, von der Anstellung eines Gewerks-  
vereinsbeamten in Schlesien Abstand zu nehmen.  
In den Ortsverbänden seien Kollegen genug vor-  
handen, die den Willen und die Fähigkeit besitzen,  
für die Organisation zu agitieren. Dieser Stand-  
punkt gereicht dem Ortsverband Hirschberg gewiß  
zur Ehre. Uebrigens aber liegen die Verhältnisse  
nicht so wie dort.

Auch die Errichtung von Arbeiter-  
sekretariaten wird in zahlreichen Anträgen  
gefordert. Fast immer aber soll der Verband der  
Zahlende sein; wenigstens wird stets auf einen Zu-  
schlag geredet. Weiterhin wird zur Belebung  
der Agitation verlangt, daß mehr soziale Bro-  
schüren und Agitationschriften herausgegeben  
werden. Auch die Wiederherausgabe des Arbeiter-  
jahrbuches findet lebhaften Beifall. Darin  
liegt allerdings ein gewisser Widerspruch mit der  
Fatsache, daß das Arbeiterjahrbuch eingegangen  
ist, weil es nicht genügend Absatz in Mitglieder-  
kreisen gefunden hat. Wie fast auf jedem Ver-  
bandstage führen auch die Wünsche auf Errichtung  
einer Verbandsbuchhandlung und Einrichtung  
einer eigenen Druckerei wieder. Die Veranstat-  
tung volkswirtschaftlicher Kurse wird mehrmals

beantragt. Ebenso haben mehrere Anträge die  
Forderung der Jugendorganisation zum Gegen-  
stand. Für die Förderung der Organisation der  
Frauen legen sich ebenfalls mehrere Ortsvereine  
ins Zeug.

Bezüglich der Ortsverbände finden wir  
einige Anträge, in denen der obligatorische An-  
schluß der Ortsvereine gewünscht wird. Um die  
Leistungsfähigkeit der Ortsverbände zu vermehren,  
wird eine Erhöhung der Ortsverbandsbeiträge auf  
7, 8 und 10 Pfg. pro Quartal und Mitglied ver-  
langt. Aufgegeben werden soll den Ortsver-  
bänden, über ihre Beteiligung an öffentlichen Wahlen  
binnen 8 Tagen im „Gewerksverein“ zu berichten.  
Für die Ausbreitungs- und Bezirks-  
verbände wird die statutarische Anerkennung und  
Gleichstellung mit den Ortsverbänden ge-  
fordert.

Alle Bekannte sind auch die Anträge, die sich  
auf die Verunstreuung beziehen. Grenz-  
streitigkeiten zwischen einzelnen Gewerksvereinen  
sind stets vorhanden gewesen und jetzt auch noch  
nicht aus der Welt geschafft. Es ist auch zu erwar-  
ten, daß selbst bei Annahme aller diesbezüglichen  
Anträge in der Tagesordnung die Grenzstreitig-  
keiten nicht verschwinden werden. Trotzdem ver-  
dient ein Antrag des Hauptvorstandes der Holz-  
arbeiter, der gleichzeitig auch die Neugründung von  
Ortsvereinen fördern soll, Beachtung. Danach  
sollen die Ortsverbände halbjährlich feststellen, ob  
und wieviel Angehörige anderer Verufe in den an-  
geschlossenen Ortsvereinen vorhanden sind. Wenn  
mehr als fünf Angehörige eines Verufes in den  
Ortsvereinen festgestellt sind, so soll der Ortsver-  
bandsauschuß verpflichtet sein, dieses dem ge-  
schäftsführenden Ausschuß oder dem betreffenden  
Hauptvorstand zu melden, damit die Neugründung  
eines Ortsvereins von oben herunter gefördert  
werden kann. Verbands-Adressenver-  
zeichnis und Verbandstagsproto-  
koll sollen nach einer Anzahl Anträge den Orts-  
vereinen wieder unentgeltlich geliefert werden;  
jedenfalls sollen die Kosten den einzelnen Orts-  
vereinen abgenommen werden.

Mit der Beteiligung an allgemeinen natio-  
nalen Arbeiterkongressen beschäftigen  
sich ebenfalls mehrere Anträge. Gewünscht wird  
weiter, daß der Statistik und der Konsumgenossen-  
schaftsbewegung im Verbands mehr Aufmerksamkeit  
geschenkt werden soll. Um die Leistungsfähig-  
keit der verschiedenen Gewerksvereine zu verstärken,  
sind verschiedene Anträge eine Einwirkung der  
Zentraleitung auf die Erhöhung der Mindestbeiträge.  
Auch die Pensionskasse der Be-  
amten kommt in der Tagesordnung zu ihrem  
Rechte. Von verschiedenen Seiten wird gewünscht,  
daß sie abgelehnt, das soll wohl heißen, aufgehoben  
wird. Von anderer Seite soll auf eine Verschmel-  
zung der Verbandskassen mit der des Ge-  
werksvereins der Maschinenbauer hingewirkt wer-  
den. Endlich wird auch noch ein Bericht über die  
finanzielle Lage des Verbandshauses gewünscht.

Wir haben bei dieser Aufzählung Anträge  
von geringerer Bedeutung nicht aufgeführt. Auch  
war es nicht möglich, kleine Abweichungen zum  
Ausdruck zu bringen; sonst hätten wir die ganze  
Tagesordnung abdrucken müssen. Aber auch so  
geht aus dieser knappen Zusammenstellung her-  
vor, daß von den Verbandstagsabgeordneten ein  
reiches Maß von Arbeit betätigt werden muß.  
Möge ihnen die Aufgabe so gelingen, daß die Be-  
schlüsse zur inneren Festigung und äußeren Aus-  
breitung unserer teuren Organisation beitragen  
zum Wohle unserer Mitglieder und zum Segen  
für die deutsche Arbeiterschaft!

**Lagt es Frühling werden in unserer Organisation!**

Verklungen sind die Osterlocken, vorbei ist Festesfreude und Frühlingszauber. Der graue Alltag tritt für die Arbeiter und Arbeiterinnen wieder in seine Rechte. In den dumpfigen Fabriken und stauigen Werkstätten merkt man nichts von dem Frühling. Hier gibt es kein grünes Blättchen, keine vorwitzigen Knospen, kein Vogelgezwitscher und auch so wenig Sonnenschein. Nichts deutet hin auf das Erwachen und Auferstehen in der Natur.

Und doch will es scheinen, als ob auch hier der Frühling eingefeiert wäre. Junge, hoffnungsvolle Menschenblüten treten uns nach Ostern überall im gewerblichen Leben entgegen. Hunderttausende von Arbeiterkindern verlassen um diese Zeit die Schule und tragen den Frühling hinein in die Arbeitsstätten. Viel zu wenig werden diese jungen Menschenkinder beachtet, die mit so fragenden Augen in all das Treiben hineinschauen, neugierig und ängstlich zugleich. Und doch haben die Worte des bekannten Philosophen Leibniz: „Gebt mir die Jugend und ich mache das Jahrhundert“, niemals mehr Berechtigung gehabt, als gerade in unserer Zeit.

In den Herzen der Erwachsenen ist allzuviel Groll und Unzufriedenheit angehäuft über die immer mehr zutage tretende Willkür des Unternehmertums und des Staates. Nur zu leicht fallen sie denen in die Hände, die, anstatt zu helfen, das es besser wird, nur Haß und Zwietracht säen. Unsere deutsche Jugend aber, die noch nichts weiß von Parteihader und Klassenhaß, die noch mit wenig Ausnahmen ihr deutsches Vaterland liebt mit seinen Bergen und Tälern, Wäldern und Auen, diese Jugend müssen wir zu gewinnen suchen. Noch ist die Erinnerung frisch an all das, was sie in der Schule von Deutschlands glorreicher Vergangenheit gehört haben. Noch gedenken sie mit Begeisterung der alten, deutschen Seldeniagen und noch sind die Herzen empfänglich für alles Gute und Schöne. Wollen wir diese Jugend nicht für uns zu gewinnen suchen und mutige Streiter erziehen für Vaterland und Freiheit?

Mit unermüdlichem Eifer wirbt die hinter den „freien“ Gewerkschaften stehende Sozialdemokratie für ihre Jugendvereine. Ebenso eifrig wirbt für die konfessionellen Junglingsvereine gearbeitet, sowohl auf evangelischer wie auf katholischer Seite. Aus diesen Jugendvereinen erhalten aber die „freien“ und die christlichen Gewerkschaften ihren Nachwuchs. Sollen wir da untätig bei Seite stehen und zusehen, wie die gegnerischen Organisationen die Jugend zu sich herüberziehen und sich damit die Zukunft sichern?

Wohl allen Teilnehmern des Berliner Sturms sind noch die trefflichen Ausführungen des Herrn Pastor Lic. Söllmann über „Jugendorganisationen“ im Gedächtnis. Frei von religiösem Zwang und frei von Politik sollen die Jugendvereine sein. Alle edlen und guten Triebe, die in den jungen Menschenherzen schlummern, sollen geweckt und entfalt werden durch zweckmäßige Anleitung und Erziehung, ohne nach einer bestimmten Richtung hin einen Druck auszuüben.

Keine Organisation aber ist besser dazu geeignet, solche Jugendvereine zu gründen und zu fördern, als unsere Gewerkschaften.

Wenn wir aber einen vollen Erfolg in der Jugendorganisation erzielen wollen, so müssen wir uns auch derjenigen verschließen, die in der Gegenwart und in der Zukunft der Jugend am nächsten stehen, der Frauen und Mädchen. Es gibt noch allzuviel Kollegen, welche die Frauen als Konkurrenten betrachten und sie bei jeder Gelegenheit zu unterdrücken versuchen. Viel richtiger wäre es, wenn auch für unseren Gewerkschaften der Deutschen Frauen und Mädchen mehr von den Kollegen agitiert würde. Statt die Frauen zu bekämpfen, sollte man sie viel mehr als bisher zu gemeinsamer Arbeit heranziehen.

Also vorwärts auf der ganzen Linie! Es gilt unser Bestes für uns zu gewinnen, die deutsche Jugend. Alljährlich sollen die Osterlocken auch in unserer Organisation den Frühling einläuten.

Frau Leonhardt-Dresden.

**Die Arbeiterssekretariate, Rechtsauskunftstellen und Auskunftsbureaus der Deutschen Gewerkschaften im Jahre 1909. II. (Schluß.)**

An den Erhebungen zu Tabelle II beteiligten sich nicht alle Rechtschutz-einrichtungen. Die Auskunftsbureaus scheiden dafür meist von vornherein aus, weil ihre Leiter nicht Zeit und meist auch nicht Gelegenheit haben, Gerichtsvertretungen persönlich wahr-

**Tabelle II. Persönliche Vertretungen, erzielte Erfolge und angefertigte Schriftsätze.**

Ort bzw. Name des Sekretariats	Es wurden Vertretungen persönlich wahrgenommen:				Die Vertretung erzielte:			Direkt nachweisbares finanzielles Ergebnis:				Die angefertigten Schriftsätze betrafen:								
	überhaupt	Arbeiter-vertretung	Gewerkschaft	sonstige	mit Erfolg	mit Teilerfolg	ohne Erfolg	Rechts-vertreter	überhaupt	Arbeiter-vertretung	Gewerkschaft	sonstige	überhaupt	Arbeiter-vertretung	Gewerkschaft	sonstige	überhaupt	Arbeiter-vertretung	Gewerkschaft	sonstige
Berlin, Hauptsekretariat	288	288	-	-	47	32	184	25	1761	11761	-	-	276	240	-	10	26	-	-	-
Berlin, Verein o. D. Kaufleute	265	-	-	-	161	88	9	57	17864	17864	-	-	278	-	-	-	-	-	-	-
Köln	25	16	-	9	10	9	6	-	19104	8457	978	9674	1217	810	69	51	787	-	-	-
Brünen	7	4	8	-	-	2	5	-	262	217	45	-	84	19	7	5	2	1	-	-
Düsseldorf	11	4	2	5	2	1	8	5	2811	808	155	1848	248	189	5	5	94	5	-	-
Duisburg	6	4	1	1	8	2	1	-	9587	5519	878	3690	994	341	86	101	438	38	-	-
Frankfurt, Main	47	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	407	?	?	?	?	?	?	?
Münster	8	8	-	-	1	-	2	-	?	?	?	?	50	48	-	-	-	-	-	-
Magdeburg	25	22	-	-	8	6	2	14	8	?	?	?	180	99	9	7	40	25	-	-
Saarbrücken	16	4	5	?	5	5	2	6	1487	1082	87	318	172	51	41	45	12	28	-	-
Stuttgart	8	7	-	-	1	4	2	2	666	517	189	10	44	17	?	13	8	4	-	-
Augsburg, Maschinenbauer	1	-	-	-	-	-	-	-	?	?	?	?	25	19	-	-	-	-	-	-
Augsburg, F. und P.	51	32	4	15	12	24	15	-	2007	1800	184	578	210	65	80	40	44	31	-	-
Danzig	4	4	-	-	?	?	?	-	?	?	?	?	85	?	?	?	?	?	?	?
Dortmund	10	8	4	3	2	8	5	-	3587	1840	79	1668	186	52	18	28	85	8	-	-
Dresden	13	9	2	2	0	2	5	-	642	612	80	-	188	34	16	7	47	34	-	-
Elbing	4	1	3	-	-	1	2	-	68	-	68	-	81	21	-	-	10	-	-	-
Erfurt	-	-	-	-	?	?	?	?	?	?	?	?	28	?	?	?	?	?	?	?
Essen	27	19	8	-	8	12	12	-	?	?	?	?	489	182	74	60	156	17	-	-
M. Gladbach	-	-	-	-	-	-	-	-	?	?	?	?	74	10	4	8	50	2	-	-
Selbstkirchen	-	-	-	-	-	-	-	-	?	?	?	?	226	?	?	?	?	?	?	?
Gleiwitz	8	1	2	-	8	-	-	-	?	?	?	?	327	118	16	21	168	24	-	-
Görlitz	2	2	-	-	1	-	1	-	?	?	?	?	-	-	-	-	-	-	-	-
Köln	5	5	-	-	?	?	?	?	?	?	?	?	21	21	-	-	-	-	-	-
Leipzig	18	8	8	2	8	-	5	-	660	500	160	-	88	70	1	-	12	-	-	-
Mannheim	28	15	5	8	4	8	8	8	?	?	?	?	52	88	2	3	7	2	-	-
Oberhausen	6	6	-	-	?	?	?	?	?	?	?	?	101	101	-	-	-	-	-	-
Siegen	58	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	298	-	-	-	-	-	-	-
Spremberg	5	-	5	-	5	-	-	-	156	-	156	-	150	29	21	24	69	7	-	-
Stettin	-	-	-	-	-	-	-	-	?	?	?	?	4	2	-	-	-	-	-	-
Wanne	2	-	-	-	1	1	-	-	?	?	?	?	71	31	9	27	1	2	-	-
Auskunftsbureau	4	-	-	-	2	8	-	1	488	859	-	124	420	806	40	26	38	10	-	-

982 468 316 53 288 144 287 98 70680 82472 20268 17905 6834 2806 733 481 2088 229

zunehmen. Oft wird das auch den Arbeitersekretariaten und Rechtsauskunftstellen schwer gemacht. Mander Vorliegende eines Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung sieht es höchst ungern, wenn Arbeitervertreter an Gerichtsstelle erscheinen. In leichten Sachen empfiehlt sich nicht einmal eine Vertretung durch Arbeitersekretäre; da ist es zweckmäßiger, wenn der Verletzte selbst zur Stelle ist am Gericht und seine Arbeitsbeziehung demonstriert. Daß aber in wichtigen, besonders schwierig gelagerten Fällen eine Vertretung stattdessen muß, wird immer mehr anerkannt. Im Berichtsjahre wurden 932 Vertretungen wahrgenommen, gegen 546 im Vorjahre. Auch hier ist also eine starke Steigerung zu verzeichnen. Von der Gesamtvertretungen fanden statt: 458 in Arbeiterversicherungsangelegenheiten, 316 vor Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, sowie 53 sonstige Vertretungen. Mit vollem Erfolg endeten 288 Vertretungen, mit Teilerfolg 144, ohne Erfolg 287, mit Beweisoder Verlegungsbeschluss 93.

Daß die Auslagen für diese Rechtsvertretungen sich lohnen, weisen die weiteren Spalten der Tabelle II nach. Den Verletzten bzw. den Vertretenen wurden 70 630 Mk. für Entschädigungen usw. zugeführt. Dazu noch 1267 Mk. von Kattowitz zuzutreten hätten. Verschiedene größere Sekretariate usw. haben nach dieser Richtung noch keine Aufzeichnungen geführt oder solche nicht eingeleitet. Auch kommen nicht alle Erfolge den Auskunfterteilenden zur Kenntnis. Die wirklich erzielten Summen sind also noch erheblich höher. Von dem finanziellen Ergebnis aus der Auskunftstätigkeit entfallen 32 472 Mk. auf Arbeiterversicherung, 20 253 Mk. auf Leistungen aus dem Arbeits- bzw. Dienstvertrag und 17 905 Mk. auf sonstige Ansprüche. Im Vorjahre betrug der finanzielle Erfolg 35 441 Mk., er hat sich also im Berichtsjahre verdoppelt.

Auch in den Schriftsätzen ist eine starke Steigerung zu verzeichnen, nämlich von 4875 in 1908 auf 8101 in 1909. Die 1267 Schriftsätze der Rechtsauskunftstelle Kattowitz sind in der Statistik im einzelnen nicht aufgeführt. Von den 6834 Schriftsätzen der Statistik entfallen 2306 auf Arbeiterversicherung, 733 auf Arbeits- und Dienstvertrag, 481 auf bürgerliches Recht, 2083 auf Gemeinde- und Staatsangelegenheiten und 229 auf sonstige Fragen.

Alles in allem lehren die Tabellen, daß auch auf dem Gebiete der Rechtsauskunft die Gewerkschaften beachtenswerte Leistungen zu verzeichnen haben. Daß noch wesentlich mehr geschehen könnte, ist keine Frage. Früher oder später muß auch einmal dem Gedanken näher getreten werden, was von Verbandsseite geschehen könnte und möchte, um die Ausbildung der Leute, die Auskunft erteilen, zu fördern. Ein guter Auskunfterteiler

muß erzogen werden und vor allem sich selbst erziehen. Die Aufsichtskommissionen müssen ihm dazu Gelegenheit geben und seinen beglücklichen Bemühungen Verständnis entgegenbringen. Geeignete Bücher und Zeitungen müssen ihm zur Verfügung stehen. Und wo man noch nicht dem Auskunftsfeld näher getreten und noch nichts auf dem Gebiete geleistet, da möge man die hier geschickten Arbeiter und Leistungen der anderen als Impuls auf sich wirken lassen. Eine moderne Arbeiterorganisation muß auf allen Gebieten ihren Mann stehen. Und eigene Leistungen sind die besten und verbürgen am ehesten einen Erfolg in der Werbearbeit. Mit Redensarten, hinter denen keine Arbeit steckt, wirkt man auf die Dauer nicht.

**Allgemeine Rundschau.**

Dienstag, den 12. April 1910.

Die Pensionsversicherung der Privatangestellten bildete den Gegenstand der Beratungen einer Konferenz, die am letzten Sonnabend im Reichstage stattfand. Als Vertreter des Reichsamts des Innern waren die Geh. Oberregierungsräte Dr. Koch und Dr. Beckmann erschienen, von den Verbänden der Privatangestellten und Arbeiter hatten der Allgemeine Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, die Freie Vereinigung für soziale Versicherung der Privatangestellten, der Verband der Deutschen Gewerkschaften (D.G.) und die Siebener-Kommission des Hauptauschusses für die Privatangestellten-Versicherung Delegierte entsandt. Dr. Koch erklärte, daß die Reichsregierung zwar bereit sei, die Wünsche der Verbände zu hören, aber eine bindende Erklärung über ihre endgültige Stellungnahme nicht abzugeben vermöge. Die Vertreter des Verbandes der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften wünschten, daß die bestehenden privaten Pensionsversicherungen ihre selbständigen Rechte erhalten könnten. Die Freie Vereinigung für soziale Versicherung der Privatangestellten forderte den Ausbau der Invalidenversicherung, was auch von unseren Vertretern mit dem besonderen Hinweis darauf unterstützt wurde, daß auch die Arbeiter, die mehr als 2000 Mark verdienen, einen solchen Ausbau wünschen. Denn wenn jetzt für die Privatangestellten eine Sonderklasse errichtet würde, könnten Jahrzehnte darüber vergehen, ehe man zu der dringend gewordenen Revision der Invalidenversicherung komme. Es sei ein soziales Unrecht, das große Erbitterung in die Kreise der Arbeiter trage, wenn man den Privatangestellten mit einem Einkommen von über 2000 Mark die Möglichkeit einer höheren Versicherung gewähre, wäh-



tend man den höher bezahlten Arbeitern diese Möglichkeit verweigere. Von den Regierungsvertretern wurde dagegen eingewandt, daß diese Forderung an der Durchführung der Berufsinvalidität und an dem hohen Reichszuschusse, der sich auf etwa 200 Millionen Mark jährlich belaufen würde, scheitern müsse. Die besser gelohnten Arbeiter würden Gelegenheit zu einer höheren Rente durch die geplante Zusageversicherung erhalten. Gegen diese Bedenken wurden nochmals von unserer Seite die wichtigsten Gründe vom Standpunkte der Arbeiter geltend gemacht, worauf ein Vertreter der Siebener-Kommission erwiderte, daß es sich hier nur um die Privatangestellten handle, für die eine ausreichende Versicherung nur im Rahmen einer Sonderkasse möglich sei. Zum Schluß der Konferenz erklärte Dr. Koch, daß die vorgebrachten Wünsche einer sorgfältigen Prüfung unterzogen werden und soweit es möglich sei, Berücksichtigung finden würden. Die bezüglichen Gezeugnisse sollen im Herbst dieses Jahres dem Reichstage vorgelegt werden.

Mit der Frage des Arbeitsnachweises hat sich vergangene Woche die bayerische Abgeordnetenkammer beschäftigt. Veranlassung dazu bot ein Antrag des sozialen Ausschusses, wonach die bayerische Regierung im Bundesrat dafür eintreten soll, daß die Arbeitsvermittlung durch Reichsgesetz geregelt werde; vor allem sollen öffentliche Arbeitsnachweise in sämtlichen Gemeinden mit über 5000 Einwohnern errichtet werden; für kleinere Gemeinden kann von der Landeszentralbehörde die Errichtung von Arbeitsvermittlungstellen angeordnet werden. Die Errichtung von privaten Arbeitsvermittlungstellen ist an die Genehmigung der unteren Verwaltungsbehörde gebunden und von dem Nachweis eines Bedürfnisses abhängig. Ein Bedürfnis ist nicht anzuerkennen, wenn in einer Gemeinde oder dem für diese in Frage kommenden Bezirk eine öffentliche Arbeitsvermittlungstelle bereits besteht oder in der Entstehung begriffen ist. Besteht in einer Gemeinde neben einer privaten Arbeitsvermittlungstelle ein öffentlicher Arbeitsnachweis, so ist der private Arbeitsnachweis spätestens nach Umlauf eines Jahres nach Inkrafttreten eines diesbezüglichen Reichsgesetzes oder einer diesbezüglichen Verordnung durch die Landeszentralbehörde zu schließen, ohne daß hieraus ein Anspruch auf Entschädigung abgeleitet werden kann. Die Benützung der öffentlichen Arbeitsnachweise ist für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Die Verwaltung der öffentlichen Arbeitsnachweise ist eine paritätische zwischen Ortsverwaltungen und Arbeitnehmern, wird durch Ortsstatut geregelt und untersteht der Kontrolle durch die untere Verwaltungsbehörde. Weiter soll die Regierung erjudet werden, so lange die Frage der Arbeitsvermittlung durch reichsrechtliche Bestimmungen nicht geregelt ist, für Bayern einschlägige Bestimmungen auf dem Wege der Verordnung zu erlassen und bei jeder Gelegenheit im Bundesrat auf Aufhebung der gegenwärtigen wie der Interessentennachweise und Einführung des paritätischen Arbeitsnachweises dringen.

Diese Anträge wurden von der Kammer einstimmig angenommen und damit die Petition unseres Ortsverbandes Nürnberg a. b. betr. die gesetzliche Regelung der paritätischen Arbeitsnachweise und des Ortsvereins der Maschinenbauer Speyer auf obligatorische Einführung, von paritätischen Arbeitsnachweisen durch Reichsgesetz für erledigt erklärt. Leider läßt sich nach den Erklärungen der Reichsregierung wenigstens für absehbare Zeit ein praktischer Erfolg nicht erwarten.

Die Entscheidung im Baugewerbe ist gefallen. Die von der Regierung eingeleiteten Einigungsverhandlungen, die unter dem Vorsitz des Geheimrats Wiedtfeld am Freitag im Reichsannte des Innern stattfanden, sind an der schroff ablehnenden Haltung der Unternehmer gescheitert. Die Herren verlangten unbedingt, daß zuerst über die Frage der Arbeitszeit verhandelt werden sollte, und die Arbeiter sich unumwunden mit der Festlegung der 10stündigen Arbeitszeit einverstanden erklären sollten. An ihrem Köhler Weichsel, daß die Arbeitszeit nicht unter 10 Stunden verfürzt werden dürfe, würden sie unverbrüchlich festhalten. Darauf konnten natürlich die Vertreter der Arbeiter nicht eingehen, worauf seitens der Unternehmer beantragt wurde, die Verhandlungen aufzugeben. Auch weitere Ausgleichtsversuche des Geheimrats Wiedtfeld waren vergeblich, so daß die Beratungen abgebrochen wurden.

Der Kampf ist also nicht mehr zu vermeiden, und aus allen Gegenden Deutschlands kommen

bereits Meldungen, daß den organisierten Arbeitern die Kündigung zugestimmt worden ist. Nur im Gebiete der Städte Hamburg, Altona, Harburg und Wandsbek scheint der Friede erhalten zu bleiben. Auch in Berlin ist die endgültige Entscheidung noch nicht getroffen. Der Verband der Baugewerke von Berlin und den Vororten hat an seine Mitglieder ein Rundschreiben geschickt, in welchem darum ersucht wird, daß die Unternehmer die Arbeiter zunächst ruhig weiterarbeiten lassen, da mit Wissen des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe noch weitere Verhandlungen mit den Organisationen der Arbeiter geführt werden, und daß bis zum Abschluß dieser Verhandlungen die Tarifverträge in Geltung bleiben. Weshalb Verlauf diese Verhandlungen nehmen werden, läßt sich zurzeit noch nicht sagen. Aber selbst wenn der Ausgang ein friedlicher ist, wird der Kampf im Baugewerbe einen Umfang annehmen, wie er bis jetzt in Deutschland noch nicht beobachtet worden ist. Die Folgen werden noch lange in unseren Wirtschaftsleben sich bemerkbar machen. Einzige und allein die Unternehmer tragen dafür die Verantwortung; denn es muß immer und immer wieder betont werden, daß die Arbeiter keinerlei Forderungen gestellt haben, sondern daß die Unternehmer den im Jahre 1908 unter den ungünstigsten Umständen für die Arbeiter zustande gekommenen Tarif noch weiter verschlechtern wollten. Deshalb können die Arbeiter den Kampf auch aufnehmen in dem Bewußtsein, alles getan zu haben, was eine friedliche Entwicklung fördern konnte. An Unterdrückung auch aus unbeteiligten Kreisen wird es nicht fehlen.

Stuttfaurebewegung. Am 1. April waren in verschiedenen Orten die Tarifverträge der Stuttfaure abgelaufen, an denen auch die in unserem Gewerkeverein der Deutschen Bildhauer organisierten Stuttfaure in Köln und Karlsruhe beteiligt waren. In Köln ist am 31. März der neue Tarifvertrag angenommen und dadurch die Bewegung ohne Kampf und durchgängig mit Verbesserungen für die Arbeitnehmer beendet worden. Der Minimallohn wurde von 6,25 auf 6,50 Mark erhöht, die Akkordsätze um 7½ bis 15 Prozent, einige sogar um 20 Prozent gesteigert. Die Auslösung für auswärtige Arbeiten ist ebenfalls erhöht worden; außerdem wurde noch eine Anzahl neuer Positionen dem Tarif zugefügt oder bestehende besser ausgearbeitet. Der neue Vertrag gilt auf 2 Jahre, also bis zum 31. März 1912.

In Karlsruhe hat dagegen am 2. April die Aussperrung begonnen. Die Arbeitnehmer, welche bisher 61 Pf. Stundenlohn bei 10stündiger Arbeitszeit hatten, verlangten bei Verkürzung der Arbeitszeit auf 9½ Stunden, resp. 9, 8 und 7½ Stunden, je nach der Jahreszeit, eine Erhöhung des Stundenlohnes auf 68 Pf. für 1910 und 70 Pf. für 1911 und außerdem mittags 1½ Stunde und vor- und nachmittags je ¼ Stunde Pause. Die Arbeitgeber stimmten jedoch weder einer Lohn- noch einer Arbeitszeitverkürzung zu, sondern verlangten, daß zu den alten Bedingungen weiter gearbeitet würde. Da die Gehilfen darauf nicht eingingen, wurde ihnen zum 2. April gekündigt und an diesem Tage die Aussperrung vorgenommen.

Arbeiterbewegung. Wegen Lohnstreitigkeiten sind auf der Zinkhütte der Stolberger Aktiengesellschaft bei Dortmund 200 Arbeiter in den Ausstand getreten. — Der Streik der Färber im Wuppertal ist nach einer Dauer von 10 Wochen beendet worden. Den Arbeitern wurde neben einer Verkürzung der Arbeitszeit eine kleine Lohnzulage bewilligt. — Die Lohnbewegung der Kettenfischer der Firma Moses Löw-Beer in Sagan ist zugunsten der Arbeiter beendet worden. Ihre Forderungen wurden zum größten Teil bewilligt. — Mit einem Erfolge für die Arbeiter endigte auch der Streik der Kürschnerereifabrikarbeiter in Röttha b. Leipzig. Auch hier wurden Lohnerhöhungen zugestanden und die Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden verfürzt. — Die Schuhmachergesellen in Solingen haben einen Tarifvertrag mit der Innung abgeschlossen, der 3 Jahre läuft und den Arbeitern Lohnerhöhungen im Betrage von 5 bis 15 Prozent zugest. — Durch Entgegenkommen seitens der Firma ist der Konflikt in der Luxuspapierfabrik von Beger u. Köhl in München beigelegt worden. — In einer Tarifbewegung befinden sich die Schuhmachergesellen in Rosenheim i. B. Es sind Verhandlungen mit den Unternehmern im Gange. Die endgültige Entscheidung wird voraussichtlich Mitte dieses Monats fallen.

Der Friede im Bergbau von Süd-Wales ist nunmehr endlich gesichert, nachdem sich die große Mehrheit der Arbeiter gegen einen

Streik ausgesprochen hat. Zwischen den Vertretern der Kohlengrubenbesitzer und der Arbeiter wurde ein neues Abkommen vereinbart. — Der Streik der Seeleute von Marseille dauert zurzeit noch an; auch in mehreren Fabriken und verschiedenen Arbeitsplätzen sind die Arbeiter in den Sympathiestreik getreten.

Die „Genossen“ und die Gewerkevereine. Wenn die „Genossen“ zur Durchführung einer großen Aktion unserer bedürfen, dann haben sie noch immer den Weg zu uns gefunden. Sonst aber suchen sie uns, wo es geht, beiseite zu drängen und von uns getroffene Maßnahmen in ihrer Wirkung möglichst abzuschwächen. Diese Praxis üben sie sogar, wenn es sich um Fragen handelt, die nicht nur unsere Organisation, sondern die gesamte Arbeiterchaft betreffen. Als in diesen Wochen die Gewerkevereine in Berlin den Butterboykott beschloßen, machte der „Vorwärts“ darüber allerlei geringschägige Bemerkungen. Anstatt seine Anhänger zu veranlassen, sich dem Boykott anzuschließen, um seine Wirkung um so nachhaltiger zu machen, gefiel sich das sozialdemokratische Zentralorgan darin, unser Vorgehen als ausichtslos hinzustellen, weil unsere Macht nicht groß genug sei. Nichts wäre leichter gewesen, als diese Macht dadurch zu verstärken, daß der „Vorwärts“ seinen Lesern empfohlen hätte, sich ebenfalls vorläufig des Buttergenusses zu enthalten. Das würde höchstwahrscheinlich eine Verbilligung der Butter herbeigeführt, also im Interesse aller Arbeiter gelegen haben. Aber die Sache ging nun einmal von den Gewerkevereinen aus; deshalb durfte sie nicht nur nicht unterdrückt, sondern mußte verächtlich gemacht werden. Der Küffel, der dem „Vorwärts“ deswegen von der „Koniumgenossenschaftlichen Rundschau“, dem Organ des Zentralverbandes und der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Koniumvereine, erteilt wird, ist denn auch durchaus gerechtfertigt. Eine andere Sache! Die Einführung paritätischer verwalteter Arbeitsnachweise interessiert alle Organisationsrichtungen gleichmäßig und wird von ihnen allen verlangt. Der Verwirklichung dieser Forderung dient die Massenpetition, die vor einigen Wochen vom Zentralrat in Umlauf gesetzt worden ist, und die jeder Arbeiter ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu einer Organisation unterschreiben kann und muß. Aber die Tatsache, daß die Gewerkevereine in dieser Beziehung vorangegangen sind, ärgert die „Genossen“ so sehr, daß die „Solidarität“, das Organ des Deutschen Holz- und Arbeiterverbandes, sofort einen recht häßlichen Artikel bringt, in welchem unverblümt vor der Unterzeichnung der Petition gewarnt wird. Wir sind ja überzeugt, daß auf Gewerkschafter, die sich noch etwas selbständiges Denken gewahrt haben, diese Warnungen keinen Eindruck machen werden, sondern daß sie trotzdem die Petition unterzeichnen werden, aber man sieht doch, wie das Parteinteresse über das Gesamtwohl gestellt wird. Für unsere Kollegen werden diese Vorgänge eine Warnung sein, nur um so energischer dafür zu sorgen, daß die Petitionen mit recht viel Unterschriften bedeckt werden.

Wirksamkeit der englischen Einigungsämter. Die Einigungsverhandlungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern sind durch den Conciliation Act (Veröhnungs-Gesetz) von 1896 gesetzlich geregelt. Der siebente Bericht über die auf Grund dieses Gesetzes erfolgten Vorgänge, der die Zeit vom 1. Juli 1907 bis zum 31. Dezember 1909 umfaßt, ist soeben veröffentlicht worden. Die Zahlen des Berichts zeigen eine beträchtliche Vermehrung der Fälle gegen die Vorjahre und waren mit 60 in 1908 und 57 in 1909 die höchsten seit dem Inkrafttreten des Gesetzes. Die Gesamtzahl der Fälle, die seit August 1896 verhandelt worden sind, beträgt 365. In 234 von diesen wurden Gelüste um Schiedsrichter von beiden Parteien eingereicht, in 82 Fällen von den Arbeitern, in 24 von den Arbeitgebern. Von den 133 Fällen, die seit Juli 1907 vorlagen, entfielen 38 auf das Baugewerbe, 20 auf Bergbau und Steinbruch, 19 auf Metallgewerbe, Maschinen- und Schiffbau, 18 auf Schuh- und Stiefelfabrikation, 10 auf Textilfabrikation, 7 auf die Transportgewerbe und 21 auf andere Gewerbebezweige. Der Anteil der einzelnen Gewerbe an den Einigungsverhandlungen seit dem Inkrafttreten des Gesetzes ist aus folgender Zusammenstellung ersichtlich: Baugewerbe 119 Fälle, Metallgewerbe usw. 61 Fälle, Bergbau usw. 50, Schuhfabrikation 38, Transportgewerbe 24, Textilfabrikation 21, Buchdruck 16, übrige 36 Fälle.

Freie Fortbildungskurse für Arbeiter veranstaltet auch im kommenden Sommerhalbjahr die sozialwissenschaftliche Abteilung der Agl. techn. Hochschule zu Berlin. Diese Kurse

unterscheiden sich von anderen Bildungsanstalten wesentlich dadurch, daß ihr Unterrichtsbetrieb nicht den gewöhnlichen schulmäßigen Charakter aufweist, sondern einen mehr kameradbrüderlichen Verkehr zwischen den unterrichtenden Studenten und den Lernenden anstrebt. Lehrgegenstände sind elementare Fächer, vor allem Deutsch und Rechnen; aber auch Algebra, Geometrie und Zeichenübungen nehmen einen wichtigen Platz im Programm ein. Es wird im Unterricht zunächst das in der Schule erworbene Wissen aufgefrischt. Kurse für Fortgeschrittene, Ausflüge, Museumsführungen und Theaterbesuche geben Gelegenheit zu weiterer Ausbildung. Durch alle Veranstaltungen soll in gleicher Weise den praktischen Bedürfnissen des Lebens und der Erziehung des Geistes gedient werden. Das Lehrverfahren und die Einteilung der Kurse sind derart, daß alle Förder trotz ihrer verschiedenartigen Vorbildung und ihres verschiedenen Alters die Kurse erfolgreich besuchen können. Der Beginn ist auf Montag, den 2. Mai, abends 8 Uhr, in der Gemeindefschule III zu Charlottenburg, Schloßstr. 2, festgesetzt; Anmeldung und Auskunft dort am 28., 29. und 30. April, abends 8 bis 9 Uhr. Die Gebühren für jeden Kursus für das ganze Semester betragen 50 Pfg., für jeden Ausflug oder Museumsführung 10 Pfg. Das Zeichen- und Schreibmaterial kann am ersten Unterrichtsabend in der Schule zum Selbstkostenpreise entnommen werden. Weitere Auskünfte erteilt auch vor dem 28. April Herr Stud. Kleeberg, W. 50, Vambergerstraße 7.

### Gewerkevereins-Teil.

**Stuttgart-Cannstatt.** Die erste Landesversammlung der Württembergischen Ortsvereine führte zu dem Delegierten des ganzen Landes in Cannstatt zusammen. Der Tätigkeitsbericht, den der Arbeitersekretär Kollege Fuchs erstattete, zeugte davon, daß die Arbeit, die im verfloffenen Jahre geleistet wurde, keine Arbeit reiner Geschäftsmäßigkeit, sondern von den Gefühlen des wahren Idealismus für unsere Sache geleitet war. Im besonderen muß all der Schwierigkeiten gedacht werden, die unsern jungen Arbeitersekretariat bei den ersten Anfängen entgegenstanden und zu deren Beseitigung die Kollegen des Landesauschusses in bereitwilligster Weise Hand anlegten. Wenn auch unter Berücksichtigung der Verhältnisse die Tätigkeit unseres Sekretariats vorerst nur auf organisatorischen Gebieten lag, dabei allerdings auch nicht zu geringem Teil der inneren Festigung der einzelnen Ortsvereine dienste, so darf mit Recht behauptet werden, daß trotz der wenig sachlichen Kampfesart unserer Gegner es die Kollegen im Lande verstanden haben, den Standpunkt der Gewerkevereine zu wahren. Ein neuer Ortsverein konnte gegründet werden und viele neue Anknüpfungspunkte wurden gewonnen. Zu Anfang des Jahres 1908 hatten wir den Versuch des Verbandes der Metallindustriellen zwecks Gründung gelber Gewerkschaften entgegenzutreten. Außerdem fühlen auch wir die Krise in ihrer vollen Wirkung. Wenn sich auch eine Besserung der Arbeitsbedingungen langsam bemerkbar machte, scheinen ihre Nachwehen bis heute noch nicht ganz beseitigt. Von den Arbeitsnachwehen der Unternehmer, die in letzter Zeit die Deffektivität so viel beschäftigten, sind wir in Württemberg bis jetzt zwar verschont geblieben, doch hat man von Seiten des Verbandes der Metallindustriellen in Stuttgart ein sogenanntes Auskunfts-Bureau errichtet, das die

Kontrolle über alle in dem Verbandsangehörigen Betrieben eingestellte Arbeiter ausübt und auf Grund angelegter Listen den Unternehmern Winkle über die Weiterbeschäftigung oder Entlassung der Arbeiter gibt. Aus den angestellten Erhebungen über die in Württemberg an die Mitglieder gezahlten Unterstützungen geht hervor, daß aus den Gewerkevereinstellen 7335,93 Mt. gezahlt wurden. Diese Summe verteilt sich folgendermaßen: Sterbegelder 1270 Mt., Streit-, Maßregelungs- und Arbeitslosenunterstützung 5384,19 Mt., Reise- und Ludwigskunterstützung 384,43 Mt., außerordentliche Unterstützung 257,66 Mt. und für Rechtshilfe 39,65 Mt. Rechnet man die aus den Lokalkassen für die vorgenannten Zwecke meistens gezahlte Summe von 893,62 Mt. hinzu, so erhöht sich der Betrag der von den Gewerkevereinen gezahlten Unterstützungen auf 8229,55 Mt. An Krankengeldern wurden aus den Krankenkassen 19 850,28 Mt. gewährt und an Begräbnisgeldern aus den Begräbniskassen 1580 Mt. Es beläuft sich somit die Summe aller Unterstützungen auf 29 659,83 Mt. Ueber die Frequenz auf dem Arbeitersekretariat selbst hat die im Verbandsorgan veröffentlichte Statistik die nötige Aufklärung gegeben. Im weiteren Verlauf der Versammlung hielt der Vertreter des Verbandes, Kollege Knecht, Berlin, sein Referat über die gegenwärtigen Fragen in der Arbeiterbewegung, das bei den Anwesenden freudige Aufnahme fand. Zusammengefaßt dürfen wir mit unserer ersten Landesversammlung, die nebenbei gesagt am Abend des ersten Feiertages die Kollegen zur gemüthlichen Abendunterhaltung vereinigte, wohl zufrieden sein. Sollen aber die auf dieser Tagung den Anwesenden Kollegen gegebenen Anregungen Früchte tragen, dann ist es notwendig, im eigenen Ortsverein dafür zu sorgen, daß in Zukunft ein regeres Leben sich bemerkbar macht und immer mehr neue Kämpfer für unsere gute Sache gewonnen werden müssen.

### Verbands-Teil.

#### Berlin.

**Deutscher Distriktsklub der Deutschen Gewerkevereine (G. D.).** Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine NO., Greifswalderstraße 21/22. Mittwoch, 13. April. Vorr. d. Herrn Referenten Singer ab.: „Unsere Rechtsverfassung: Schöffen und Geschworene usw.“ Zahlreiches Erscheinen notwendig. Gäfte herzlich willk. — **Gewerkevereins-Vereinsrat (G. V.).** Jeden Donnerstag, abds. 9—11 Uhr, Lehnungshunde im Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäfte willk. — **Distriktsklub Moabit.** Freitag, den 15. April, abends 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Rabau, Waldstraße 53. Vortrag des Kol. Scholz ab.: „Das Elend der neuen Welt“. Gäfte willk. — **Fachwissenschaftlicher Distriktsklub Berlin.** Pflückerstr. 20. Sitzung jeden ersten und dritten Dienstag im Monat. — **Sonnabend, 16. April.** Maschinenbau- und Metallarbeiter I. Abds. 8 1/2 Uhr Versammlung bei Melcher, Bergstr. 69, großer Saal. Bilder-Vortrag. Herrenpartie. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter III.** Abds. 8 1/2 Uhr Versammlung bei Rabau, Waldstraße 53. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter IV.** Abds. 8 1/2 Uhr Versammlung bei Bonard, Bildergasse 61. Protokoll. Monatsberichte. Besprechung über Herrenpartie. Verschiedenes. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VII.** Abds. 8 1/2 Uhr Versammlung im Verbandsbureau, Greifswalderstr. 21/22 (Bierhube). L. D. b. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter IX.** Abds. 8 1/2 Uhr Böttcherstr. 22. Anfang des Herren-Abend. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter X.** Abds. 8 1/2 Uhr Versammlung „Zur Güte“, Stallergasse 20. Vortrag des Verbandsvorsitzenden Kollegen Goldschmidt: „Soziale Einrichtungen der Stadt Berlin“. Gäfte willkommen. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Abds. 8—10 Uhr Zahlabend bei Krull,

Putzhoferstraße 51. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XIII.** Abends 8 1/2 Uhr Versammlung Schönhauser Allee 65. L. D. b. Geschäftliches, Feiertag über die Tagesordnung zum Verbandsrat und Regulatorporto.

#### Orts- und Bezirksvereine.

**Nachen (Distriktsklub).** Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsabend bei Leuchter, Ecke Gartenamplatz und Zillikerstraße. — **Cottbus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Kober, Berlinerstraße 120. — **Duisburg (Distriktsklub).** Jeden 1. und 3. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Hasenamp, Friedrich Wilhelmstraße, Distriktsabend. — **Düsseldorf (Volkswirtschaftsschule).** Jeden Montag, abds. von 9—11 Uhr in Verbandsbureau, Karlsruherstr. 29, Sitzung. — **Gelsenkirchen (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverband-Vereinsrat, vormittags 10 Uhr, im Bezirkslokal G. Simon, Alter Markt. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr präz., in Härtmanns Hotel, Poststr., Distriktsabende. — **Herrnhut (Distriktsklub).** Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Zander, Pfarrer. — **Köln (Distriktsklub).** Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 Uhr, im Restaurant „Bater Kolping“, Eifergasse. — **Königsberg i. Pr. (Distriktsklub).** Sitzung jed. 2. u. 4. Mittwoch im Monat im Verbandslokal bei Godat, Poststr. 11. — **Leipzig (Gewerkevereins-Vereinsrat).** Die Lehnungshunde finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäfte und stimmgebende Mitglieder sind herzgl. willkommen. — **W. Gladbach (Sängerchor der Deutschen Gewerkevereine).** Sitzung jeden Dienstag, abds. 9 Uhr, b. Herrn Joh. Janßen, Krefelderstraße 383. Jeder Kollege herzlich willk. — **Wülheim a. Rh. (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, Vertreter-Sitzung beim Witt Joh. Müller, Sandstraße 88. — **Oberhausen a. H. (Ortsverband).** Sonntag, 17. April, nachmittags 4 Uhr, wichtige Ortsverband-Versammlung bei Witt Ritschenberg, Oberhausen, Fallsteinstraße. Vortrag des Kollegen, Fritz Hallenberg-Düsseldorf: „Unsere Presse“. — **Schwerin-Werkschloß (Ortsverband).** Sonntag, 17. April, nachmittags 3 Uhr, Vertreter-Sitzung, nachdem Versammlung im Lokale des Wirtes Repler, Bergfriedhof. — **Spremberg (Distriktsklub).** Jeden Dienstag, abends von 9 bis 11 Uhr im Bureau, Jägerstraße 6, Sitzung. Gewerkevereinsmitglieder sind stets herzlich willkommen. — **Stettin (Sängerchor der Gewerkevereine).** Die Lehnungshunde finden jeden Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Kober, Poststr. 5, statt. Stimmgebende Kollegen sind herzgl. willk. — **Ziegel (Distriktsklub für Ziegel, Porzellan- und Reindindorf).** Sitzung jeden Dienstag Abend von 8 bis 10 Uhr bei Hedner, Berlinerstr. 38. Gäfte willkommen. — **Weißensfels a. S. (Wegzahnabteilung der Gewerkevereine).** Lehnungshunde jeder Dienstag, abends 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gefanglene Gewerkevereinskollegen stets willkommen. — **Weißensfels (Distriktsklub der Gewerkevereine).** Jeden Mittwoch 9—11 Uhr Sitzung im Rest. „Schweizerhaus“.

#### Änderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Berlin (Maschinenbau- u. Metallarbeiter I). Kolb, Siple, Sekretär, Hebbelinerstr. 54 I; W. Dannenberg, Köpferer, Hufschierstr. 19 III.

#### Briefkasten.

**W. S. in München.** Den Versuch, Ihnen die Rente zu entziehen, wird die Berufsgenossenschaft sicherlich sehr bald machen und höchstwahrscheinlich leider auch mit Erfolg. Deshalb wird sie sich auf eine Kapitalabfindung auch nicht einlassen. Ihre Bemühungen nach dieser Richtung würden also vergeblich sein und das Rentenentziehungsverfahren nur beschleunigen.

## Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

**Frauen, Töchter und Schwestern unserer Mitglieder!**

Sehr empfehlenswert ist der Eintritt in die **Frauen-Begräbnis-Kasse** des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Statutsgeld 25 Pfg. • Aufnahme vom 15. bis 45. Jahre. Versicherungsbetrag: 60 Mark, 90 Mark und 120 Mark. Der Wochenbeitrag beträgt je nach Höhe der gewählten Versicherungssumme und des Beitrittsalters 3 bis 9 Pfg.

Alle Ortskassierer nehmen Anmeldungen entgegen.

Flughblätter und Material versendet das Verbandsbureau: Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 21/22.

Die im Verein der Deutschen Kaufleute (G. D.) organisierten Handlungsgehilfen- und Schiffsinnern erleben seit Jahren die völlige Sonntagruhe für das Handelsgewerbe. Gewerkevereine, unterstützt unsere Verbandsgenossen im Kampfe um die Verkürzung der Arbeitszeit!

**Kein Gewerkevereiner kauft Sonntags!**

Veranlasse jeder seine Familienangehörigen, Einkäufe nur am Bochentag zu besorgen!

**Sörlitz (Ortsverb.).** Wanderrunde Kollegen erhalten Verpflegungsfarten im Werte von 75 Pfg. bei ihren Ortsvereinskassierern. Kollegen, deren Ortsverein nicht vertreten ist, beim Ortsverbandskassierer M. Kirsch, Ober-Steinweg 6 II. Arbeitslose Kollegen, welche hierher kommen und wegen Arbeit Umhau haben, aber gleich wieder abreißen, erhalten ein Orts-geschenk von 50 Pfg. nur beim Ortsverbandskassierer.

**Oberhausen (Ortsverb.).** Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Unterstützung im Bureau, Wülheimerstraße 42.

Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen: Festschrift zum 70. Geburtstag des Anwalts von Karl Gahn und Karl Goldschmidt. Preis 10 Pfg. Kupferdruckbild des Verbandsanwalts Dr. Max Pirsch 160 x 280 Millimeter. Preis 50 Pfg. Geschichte der Deutschen Gewerkevereine von Karl Goldschmidt. Der Preis der Schrift beträgt 80 Pfg.; für Gewerkevereiner 1 Exemplar 50 Pfg., 10 Exemplare 4 Mk., 20 Exemplare 7 Mk., 30 Exemplare 9 Mk. und 50 Exemplare 12,50 Mk.

Der Bestellung bitten wir stets den Geldbetrag beizufügen, da anderenfalls der Auftrag durch Nachnahme erledigt wird. Geldsendungen sind immer zu richten an den Verbands-kassierer Rudolf Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 21-23.

**Ding in Böhmen.** Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten ein Rücklager und Frühstück oder eine kleine Reiseunterstützung in der Geschäftsstelle des Bezirksverbandes deutsch-nationaler Arbeiter-Vereinigungen, Elfenbeinstraße 8.

**Bremen.** Die Auszahlung der Reisegelder der Ortsvereine und des Ortsverbandes erfolgt von jetzt an auf dem Arbeitersekretariat Bremen, Doventorstr. 21, II. Eeg. Eingang Kleine Fuhrleutestraße. Telefon Nr. 6468.

**Weißensfels a. S. (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten Unterstützungsfarten beim Kollegen Fischer, Leipzigerstr. 28.

**Söln und Wülheim a. Rh. (Ortsverb.).** Durchreisende erhalten Verpflegungsfarten im Gewerkevereinsbureau, Severinstr. 118 I.

**Für Vereinsbibliotheken** sind ca. 400 Bände Romane, Erzählungen u. dgl. zu verkaufen. Näheres durch den Verbands-kassierer Kollegen Klein.